

# BLIKKWINKEL

Der gesundheitspolitische Check-Up des IKK e.V.

26. September 2019  
SONDERAUSGABE zum Thema „Selbstverwaltung“



## Editorial

Von *Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.*  
und *Hans-Jürgen Müller, Vorstandsvorsitzender IKK e.V.*

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach ihren Taten, nicht nach ihren Worten soll man bekanntlich Menschen beurteilen. Das gilt auch für die Politik! Doch muss man hier bedauerlicherweise feststellen, dass in dieser Legislaturperiode Worte und Taten besonders weit auseinander gehen. Dabei ist die Divergenz selbst für Kenner des Gesundheitswesens überraschend. Besonders drastisch zeigt sich das beim Thema Selbstverwaltung. Der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung machte noch Hoffnung, weil er vorsieht, die soziale Selbstverwaltung zu stärken. Doch \*Pustekuchen\*. Seither kommen aus dem Bundesgesundheitsministerium ein Gesetz nach dem anderen, das das System der Selbstverwaltung nicht nur einschränkt, sondern bis zum Schluss gedacht, faktisch abschaffen würde!

Etwa mit dem Faire-Kassenwahl-Gesetz (GKV-FKG) oder dem MDK-Reformgesetz, um nur die „Meilensteine“ der Spahn'schen Reformvorschläge zu nennen, scheint die Entmachtung der Selbstverwaltung seit Monaten das Anliegen der gesundheitspolitischen Regierungsarbeit zu sein. Dabei beschränkt man sich nicht nur auf die soziale Selbstverwaltung in der GKV, sondern auch die gemeinsame Selbstverwaltung ist Ziel der Eingriffe, die erkennbar auch ein machtpolitisches Interesse spiegeln. Es geht zurzeit nicht weniger als um einen Richtungsstreit: Zentralisierung und Verstaatlichung contra Subsidiarität, Eigenverantwortung und Vieltätigkeit. Dabei ist gerade das Selbstverwaltungsprinzip konstitutives Element unseres Sozialsystems und immanent wichtig für dessen Funktionieren. Auch die Idee, die dahinter steht, ist gerade in einer Zeit, die durch Populismus, Demokratiekritik und Egoismen geprägt ist, wichtiger denn je: Mitentscheiden – gemeinsam und eigenverantwortlich. Es geht um Partizipation auf der einen Seite und Stärkung der Zivilgesellschaft auf der anderen. Dieser Prozess ist nicht immer leicht und gelingt auch nicht immer. Aber er ist sinnvoll und notwendig. Gerne kann und muss man über Versäumnisse oder unnötige Blockaden reden, aber staatliche Bevormundung und aus kurzfristigen Erwägungen vorgenommene Eingriffe sind nicht die Lösung. Sie schwächen das Prinzip, das sich seit mehr als 130 Jahre bewährt hat!

In diesen Minuten findet erstmalig in der Geschichte des GKV-Spitzenverbandes eine außerordentliche Mitgliederversammlung zu diesem Thema statt. Das zeigt die Bedeutung, die dem Thema von allen Beteiligten beigemessen wird. Eingeladen sind nicht nur die Vertreterinnen und Vertreter der 109 gesetzlichen Krankenkassen, die den GKV-Spitzenverband bilden, und der Verwaltungsrat des GKV-Spitzenverbandes, sondern auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sowie Vertreter des deutschen Bundestages. Es wäre wünschenswert, wenn es gelingen würde, konstruktiv miteinander zu diskutieren. Doch ehrlicherweise sind wir skeptisch, ob die Diskussion mehr bringt, als einen Schlagabtausch. Und selbst wenn. Wie ernst können wir es nehmen, wenn die Bundesregierung auch hier einmal mehr betont, wie wichtig die soziale Selbstverwaltung ist? Zumal der Bundesgesundheitsminister dies an gleicher Stelle bereits im Frühjahr getan hatte.

Vermutlich müssen die Selbstverwalter und die sie tragenden Organisationen noch stärker aktiv werden. Denn die Rechte der Selbstverwaltung waren immer schon erstrittene Rechte. Es geht darum, weiterhin als Gestalter des Gesundheitswesens wirken zu können, Erfahrung mit einzubringen und Verantwortung zu übernehmen, damit das Gesundheitswesen in Deutschland weiterhin so fürsorgend, innovativ und umfassend erhalten werden kann, wie es bisher gelang. Hierfür müssen wir zusammenhalten. Versicherten- wie Arbeitgebervertreter, Haupt- und Ehrenamt, Kassen und Verbände. Wir müssen gemeinsam deutlich machen, was auf dem Spiel steht. Die Verwaltungsratsvorsitzenden der Innungskrankenkassen haben ihre Befürchtungen, Ansichten und Ziele öffentlich gemacht. Ihre Statements, die in dieser Sonderausgabe für Sie zusammengefasst sind, spannen einen breiten Bogen über das Thema und machen deutlich, was auf dem Spiel steht. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen für eine starke und handlungsfähige Selbstverwaltung, für gleichberechtigte Mitbestimmung, für eine qualitätsorientierte Gesundheitsversorgung und - nicht minder - für eine langfristig menschliche Gesellschaft!

Herzlichst

## Impressum

Gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen e.V., Hegelplatz 1, 10117 Berlin, [info@ikkev.de](mailto:info@ikkev.de). Der IKK e.V. ist die gemeinsame Interessenvertretung von BIG direkt gesund, IKK Brandenburg und Berlin, IKK classic, IKK gesund plus, IKK Nord und IKK Südwest.

Redaktion: Iris Kampf (Pressesprecherin), Ann Hillig (Leitung Politik) | Verantwortlich: Jürgen Hohnl, Geschäftsführer

Sie können den BLIKKWINKEL jederzeit per Mail, Telefon oder Fax wieder abbestellen (Tel. 030 202491-0; Fax 030 202491-50)



**ROBERT LEIDL**  
 arbeitgeberseitiger  
 Verwaltungsratsvorsitzender  
 der **BIG direkt gesund**

„Die soziale Selbstverwaltung ist fester Bestandteil der Demokratie in Deutschland. Selbstverwaltung heißt, dass die Versicherten selbst Einfluss auf ihre Angelegenheiten nehmen. Durch ihre gewählten Vertreter werden wichtige Entscheidungen aus den Reihen der Versicherten und der Arbeitgeber getroffen – nicht vom Staat! Die Mitglieder der BIG direkt gesund entscheiden durch ihre gewählten Verwaltungsräte so über wesentliche Belange der Kranken- und Pflegeversicherung. Die Verwaltungsratsmitglieder stehen in direktem Kontakt zur Basis und können so die Probleme sachgerecht und lebensnah lösen. Folglich sollte auch zukünftig die Besetzung des Verwaltungsrates des GKV-Spitzenverbandes und des MD Bund durch die von der Versichertengemeinschaft gewählten Vertreter der Verwaltungsräte der Krankenkassen erfolgen.“

„Der Plan zur Verdrängung der sozialen Selbstverwaltung zieht sich wie ein roter Faden durch die aktuelle gesundheitspolitische Gesetzgebung. Wer genau hinschaut, erkennt: Diese Medaille hat viele Seiten! Das MDK-Reformgesetz z. B. will Prüfverfahren zwar verbessern und unabhängiger gestalten, kaschiert aber kaum die gleichzeitigen Angriffe auf die MDK-Selbstverwaltung bis zur de facto Abschaffung. Gleichzeitig werden mit der Einschränkung der Prüfverfahren für die Kassen den Beitragszahlern zusätzliche Lasten in Milliardenhöhe aufgebürdet. Fehlanreize zur Falschabrechnung sind damit vorprogrammiert. Eine wesentliche Aufgabe der Selbstverwaltung ist es, die ungerechte Belastung der Beitragszahler zu vermeiden.“



**UWE LEDWIG**  
 versichertenseitiger  
 Verwaltungsrats-  
 vorsitzender der  
**IKK Brandenburg  
 und Berlin**

**ANSELM LOTZ**  
 arbeitgeberseitiger  
 Verwaltungsrats-  
 vorsitzender der  
**IKK Brandenburg  
 und Berlin**



**STEFAN FÜLL**  
 arbeitgeberseitiger  
 Verwaltungsrats-  
 vorsitzender der  
**IKK classic**

**BERT RÖMER**  
 versichertenseitiger  
 Verwaltungsrats-  
 vorsitzender der  
**IKK classic**

„Die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen ist eine zentrale demokratische Errungenschaft. Sie steht für Staatsferne und Unabhängigkeit und gehört zur DNA unseres Gesundheitssystems. Seit dessen Ursprüngen verbürgt die soziale Selbstverwaltung, dass dieses System sich an Bedarf und Bedürfnissen aller Bürgerinnen und Bürger orientiert. Wer ihrer legitimen Vertretung mehr und mehr Verantwortung entziehen will, stellt Partizipation und Interessenausgleich bei der Gesundheitssicherung in Frage. Die Schwächung demokratischer Mitsprache ist die falsche Antwort auf die künftigen Herausforderungen. Demografie und medizinischer Fortschritt fordern solide, bürgernahe Gestaltungskraft, wie sie allein eine starke Selbstverwaltung leisten kann.“



„Die vorgesehenen Änderungen zum ‚MDK-Reformgesetz‘ bilden eine erhebliche Schwächung der Sozialen Selbstverwaltung und fördern Zentralismus. Der bisherige Grundsatz, die Parität von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, wird hier massiv in Frage gestellt und ein Ungleichgewicht in der Ausgestaltung der Interessen- und Stimmenanteile geschaffen. Dies ist ein unbegründetes Misstrauensvotum gegen die Kranken- und Pflegekassen und ihre Selbstverwaltung! Ich sehe die unabhängige Arbeit des MDK gefährdet und fürchte den Einfluss von Partikularinteressen. Über Sozialwahlen haben schließlich die Menschen ihre Vertreter in der Selbstverwaltung gewählt. Die Selbstverwaltung trifft lebensnahe Entscheidungen und ist die Stimme des Beitragszahlers!“



**PETER WADENBACH**

arbeitgeberseitiger  
Verwaltungsratsvorsitzender  
der **IKK gesund plus**



**JENS KARP**

versichertenseitiger  
Verwaltungsrats-  
vorsitzender der  
**IKK Nord**

**HELMUT KASTNER**

arbeitgeberseitiger  
Verwaltungsrats-  
vorsitzender der  
**IKK Nord**

„Die mit den Gesetzesvorhaben einhergehenden massiven Eingriffe in die gelebte, seit 130 Jahren gewachsene Selbstverwaltung lehnen wir mit Nachdruck ab. Die durch Sozialwahlen von den Bürger\*innen legitimierten Ehrenamtlichen sollten von den ebenfalls von Wählerstimmen abhängigen Politikern nicht so einfach handstreichartig aus den ‚Parlamenten‘ des GKV-Spitzenverbandes bzw. der MDK entfernt werden. Selbstverwaltung bedeutet Nähe zur Basis ohne Hürden und ist wahrlich zukünftig ganz gewiss in der Lage und fest entschlossen, Einfluss auf die Politik und das Hauptamt zur Sicherstellung einer hervorragenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu nehmen. Das muss so bleiben!“

„Die Selbstverwaltung der solidarischen Krankenversicherung muss gestärkt statt eingeschränkt werden. Dies ist eine erklärte Absicht im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Ein Verwaltungsrat ohne ehrenamtliche Selbstverwaltung ist für uns undenkbar. Die Selbstverwaltung kümmert sich um ausgewogene Entscheidungen im Sinne der Versicherten und Beitragszahler – unabhängig von politischen Konstellationen. Wir benötigen keine Entmachtungsversuche der Selbstverwaltung, sondern die notwendige Finanzreform muss ohne diesen Stolperstein umgesetzt werden. Anstelle politischer Machtfragen gehört die gute medizinische, pflegerische und therapeutische Patientenversorgung in den Mittelpunkt.“



**RALF REINSTÄDTLER**

versichertenseitiger  
Verwaltungsrats-  
vorsitzender der  
**IKK Südwest**

**RAINER LUNK**

arbeitgeberseitiger  
Verwaltungsrats-  
vorsitzender der  
**IKK Südwest**